RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur: 274
FRANZ XAVER FRIEDRICH
Wien, am 13. Oktober 1936.

Die städtischen Angestellten für den Ausbau der Luftwaffe.

Auf Ersuchen des Beamtenbundes, der die Spendensammlung zum Ausbau der Luftschutzwaffe für die gesamten im öffentlichen Dienst stehenden Angestellten und Bediensteten durchführt, wird auch unter den städtischen Angestellten und Bediensteten eine Spendensammlung veranstaltet. Diese findet für die Angestellten der Stadt Wien anlässlich der Gehaltsauszahlung am 15.d., für die im Wochenlohn stehenden städtischen Bediensteten bei der nächsten Lohnauszahlung durch die den Gehalt oder Lohn auszahlenden Organe statt.

Nach dem Willen des Beamtenbundes soll jeder freiwillig nach seinen Kräften sein Scherflein beitragen, um der für das Vaterland so wichtigen Ausgestaltung der Flugwaffe dienlich zu sein.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Zum Tode der Frau Katharina Reumann.

Bürgermeister Richard Schmitz hat verfügt, dass die Kosten des Leichenbegängnisses der am 10.d. verstorbenen Frau Katharina Reumann, der Witwe nach dem vormaligen Bürgermeister Jakob Reumann, von der Stadt Wien getragen werden.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Tagung der niederösterreichischen Städte.

Die Landesleitung für Niederösterreich des Oesterreichischen Städtebundes hielt heute unter dem Vorsitze des Bürgermeisters von St. Pölten Professor Dr. Heinrich Raab und in Gegenwart des Vertreters des Gemeindereferenten von Niederösterreich Landesrates Steinböck Ober-Regierungsrat Dr. Rupert Wimmer eine Sitzung ab, in der eine Reihe wichtiger Anliegen der Städte und Grossgemeinden beraten wurde. So soll im Rahmen der Verfassung die Erlassung der Stadtrechte für die landesunmittelbaren Städte St. Pölten, Waidhofen a.d. Ybbs und Wiener Neustadt vorbereitet werden. Auch zur Erneuerung der niederösterreichischen Gemeindeordnung wurde Stellung genommen. Eine Reihe niederösterreichischer Städte ist durch die Industriekrise zu dauernden Notstandsgebieten geworden. So ist namentlich in den Städten Wiener Neustadt und St. Pölten und ihren Industrieumgebungen rund ein Drittel der Gesamtbevölkerung seit sieben Jahren erwerbslos und auf öffentliche Unterstützungen und Fürsorge angewiesen. Die Städte richten daher an die Bundesregierung die Bitte, für die Winterhilfe in Niederösterreich von der neuerlich geplanten Kürzung der Bundesbeiträge abzusehen. Die Städte bitten auch die Bundesregierung, in den niederösterreichischen Industrieorten Rüstungsindustrieen anzusiedeln.

Gegenstand der Verhandlungen bildete auch eine Ergänzung der Kündigungsbestimmungen des Mietengesetzes für Gemeindehäuser unter Bedachtnahme auf die den Gemeinden obliegenden Pflichten zur Unterbringung Obdachloser und Massnahmen zur Entlastung des Schuldendienstes der Gemeinden, vor allem hinsichtlich der Goldklausel. Hier gebührt dem Landeshauptmann von Niederösterreich Minister a.D. Reither für sein zielbewusstes Eintreten der Dank der Städte.

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II.Blatt

Wien. am.....

Die Finanzlage der Grossgemeinden ist trotz ihrer erfolgreichen Bemühungen, den im Jahre 1934 drohenden finanziellen Zusammenbruch abzuwehren, noch immer so bedrängt, dass auch notwendigste Aufgaben, wie zum Beispiel die Beseitigung der gesundheits- und sittlichkeitswidrigen Notwohnungen in den Kriegsbaracken, zurückgestellt werden müssen. Jeder Eingriff des Landes, wie zum Beispiel die in den Jahren 1935 und 1936 verfügten Einziehungen von Ertragsanteilen der Gemeinden zugunsten des Landes, gefährden die mühsam erreichte finanzielle Ordnung.

Dem Oesterreichischen Städtebund gehören in Niederösterreich 49 Städte und Grossgemeinden mit zusammen rund 360.000 Einwohner an.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-